

Josef Riegler

*Sommertagung des Katholischen
Akademikerverbandes Österreichs
zum Thema: „Reicht uns die Armut?“ –
Bildungshaus Tainach, Kärnten, 5.8.2005*

Global Marshall Plan: Konzept eines Auswegs aus der Armut

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich zunächst für die Einladung und freue mich, dass ich im Spannungsfeld diesen Vormittag mitgestalten darf. Vielleicht habe ich auch die Chance, einen Beweis zu erbringen, dass Politiker mit weniger Worten auskommen als Wissenschaftler

Applaus!

Ihnen, Herr Professor NUSCHELER, danke ich für die Analyse. Erstens decke ich mich damit. Eine Analyse kann nicht links- oder rechtsorientiert sein. Wenn sie das ist, dann ist sie Ideologie. Eine Analyse ist entweder richtig oder sie ist nicht richtig. Und das, was Sie geboten haben an diesem Vormittag, ist richtig.

Wir bauen mit unserer Konzeption genau auf dieser konstruktiven Analyse des Phänomens GLOBALISIERUNG auf.

Nun zum angesprochenen persönlichen Zugang: Wichtig ist - wenn ich mein Leben richtig reflektiere - dass ich als Student die Chance hatte, in der Katholischen Hochschuljugend tätig zu sein und den Geist der christlichen Soziallehre in dieser wichtigen Phase des Lebens kennenzulernen. Denn das, wofür wir eintreten, ist im Prinzip nichts anderes, als christliche Soziallehre, angewandt auf die Phänomene und Erfordernisse des 21. Jahrhunderts. Und die sind eben lokal und global, sie sind auf das einzelne menschliche Schicksal bezogen und sie sind auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen ausgerichtet.

Ich möchte mit zwei Zitaten beginnen:

Das erste unterstreicht meinen persönlichen Zugang: Ich glaube nämlich, dass es in Wahrheit nicht um LINKS oder RECHTS geht, sondern um BALANCE, um MITTE. Es geht um konstruktive Koalitionen im Sinne der Zukunftsbewältigung und im Sinne der Wahrnehmung der wirklichen Herausforderungen. Die wirkliche Herausforderung, aber natürlich auch die Schwierigkeit, ist das Finden der BALANCE.

Ich zitiere aus einer Broschüre des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, als Dokument einer Konferenz im Jahr 2001. Die Broschüre trägt den Titel: „**Der totale Markt**“.

Es heißt hier:

„Im Bereich der Marktwirtschaft sind wir mit einem totalen Markt und einer Gesellschaftsideologie konfrontiert, die auf die Ökonomisierung aller Lebensbereiche abzielt. Der Neoliberalismus, wie er heute propagiert wird, ist nichts anderes als ein umgekehrter Kommunismus. Der Kommunismus ersetzt den Markt durch Politik, der Neoliberalismus ersetzt die Politik durch den Markt. Beides führt zu einer Totalität, die der europäischen Kultur und einem Menschenbild widerspricht, das anerkennt, dass der Einzelne nur dank der Gemeinschaft und die Gemeinschaft nur dank der Einzelnen besteht.“

Im Weiteren wird auf die zerstörerische Tendenz des extremen Neoliberalismus - aber ich sage lieber Neokapitalismus - hingewiesen, bis hin zur Gefahr der Zunahme totalitärer Regime.

Der Schlusssatz in dieser Analyse lautet:

„Die neoliberale Marktwirtschaft ist weder bürgerlich noch sozialdemokratisch.“

Und darum meine ich, dass Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale im ursächlichen Begriff von Humanismus gemeinsam herausgefordert sind, ordnungspolitisch wieder Tritt zu fassen und nicht mit verdünnten Aufgüssen von Neokapitalismus in der Tagespolitik unterwegs zu sein.

Ein zweites Zitat entnehme ich der Broschüre meines Partners Franz Josef RADERMACHER zum Projekt „Global Marshall Plan“. Wir haben dieses Zitat bei der Gestaltung des Buches bewusst aufgenommen. Es wird Mahatma GANDHI zugeschrieben, der sehr stark von der Weisheit der Jain-Philosophie Indiens geprägt war. Das Zitat heißt:

**„Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse,
aber nicht für jedermanns Gier.“**

Damit ist der Kern des Problems treffend angesprochen. Ob das nun im Versagen einzelner Manager liegt oder in der Hemmungslosigkeit gesamter Staaten und Systeme, es geht auf dieses Grundproblem der Gier zurück.

Darum ist es so wichtig, einen ordnungspolitischen Rahmen zu gestalten, der für das menschliche Agieren in einer global vernetzten Menschheit tauglich ist, und zwar sowohl im Bereich der Ökonomie, im Bereich der politischen Gestaltung sowie auch im Bereich des Umganges mit verschiedenen Kulturen, mit verschiedenen Religionen, mit verschiedenen Traditionen. Das Ziel ist, ein menschenwürdiges Leben unter Beachtung der Grundrechte jeden menschlichen Individuums in diesem 21. Jahrhundert möglich zu machen.

Ich kann mir die Analyse ersparen. Das Problem von Hunger, Krankheit, Tod und Armut, das Problem der Einkommensschere wurde von meinem Vorredner angesprochen. Das ärmste Fünftel ist in seiner Armut steckengeblieben. Das reichste Fünftel konnte innerhalb von 40 Jahren sein Pro-Kopf-Einkommen verdreifachen. Das ist das eigentliche Grundproblem.

Worauf ich hinweisen möchte: Zunächst bedeutet eine ungerechte Form in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft natürlich vor allem Druck auf den ärmsten Teil der Welt. Wir waren es bisher gewohnt, das Problem Armut und das Problem der Entwicklungsländer zu betrachten. Wenn wir ethisch orientiert sind, dann sagen wir, irgend etwas sollen wir tun.

Zunehmend merken wir aber nun, dass eine extrem ungerechte Form von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zurückschlägt. Wir sind bereits mitten drinnen, dass ein unfaires System zu einer „Strategie der Verlierer“ führt. Die Verlierer sind natürlich in erster Linie jene Milliarden Menschen, die als Billigstarbeitskräfte ausgebeutet werden. Ebenso geht es um Ausbeutung von Natur und Ressourcen. Aber wir spüren, dass mehr und mehr unser Mittelstand – sei es im Gewerbe, im Handel, in den Dienstleistungen – und dass natürlich im allerhöchsten Maß unsere Arbeitnehmer und unsere Bauern, aber auch unsere Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme durch eine falsche, weil einseitig ökonomiegetriebene Globalisierung zu Verlierern gemacht werden.

Natürlich profitieren wir als Konsumenten von den Billigsthemden und den Billigstschuhen, die auf den Markt geworfen werden. Aber es wird dabei übersehen, dass wir gleichzeitig verlieren: Verlieren in unseren wirtschaftlichen, in unseren sozialen und in unseren Gemeinwohlaspekten.

Es geschieht nicht nur Ausbeutung von Mensch und Natur im armen Teil der Welt. Es entsteht ein sehr unfairer Wettbewerb zwischen den regional gebundenen Unternehmen, die eine hohe Steuer- und Abgabenlast zu tragen haben, die eine Fülle nationalstaatlicher und EU-Regeln zu ertragen haben, gegenüber einem anderen Teil der Ökonomie, der sich über all das hinwegsetzen kann. Da sich ein immer größerer Teil der Ökonomie - eben das Kapital und transnationale Konzerne - der Gemeinwohlpflichtigkeit im Sinne eines fairen Beitrages von Steuern und Abgaben mehr und mehr entziehen kann, liegt darin eine der Ursachen, dass die Leistungsfähigkeit der Gemeinwohlsysteme - ob Gemeinde, Bundesland, Staat oder EU-Finanzierung - leidet. Das spüren wir in der Schwächung der Sozial- und Gesundheitssysteme, der Bildungssysteme, der Leistungen für die Infrastruktur. Wir haben die absurde Situation eines Wachstums an Wohlstand, der Akkumulation von Reichtum in wenigen anonymen, aber auch individuellen Händen und einer Verarmung weiter Bereiche, die für das Gemeinwohl wichtig sind.

Um diese Analyse nur an zwei konkreten Zahlen noch festzumachen, die noch nicht erwähnt wurden: Man sagt, es gibt weltweit ca. 700 „Dollar-Milliardäre“, deren Vermögen pro Jahr um 300 Milliarden US-Dollar wächst. Daneben haben wir eine Gesamtleistung für Entwicklungszusammenarbeit weltweit von nun etwa 78 Milliarden US-Dollar. Die vier reichsten US-Amerikaner besitzen mehr an Geldwert, als eine Milliarde der Ärmsten. Das ist kein Kunststück, wenn eine Milliarde praktisch Null hat. Es zeigt nur bizarr, in welcher Situation der Unausgewogenheit wir sind.

Wir sind zumindest in zwei Dimensionen massivst herausgefordert, wenn wir dieses 21. Jahrhundert einigermaßen menschengerecht gestalten wollen:

Da ist auf der einen Seite das große Thema der Nachhaltigkeit. Wir müssen als Menschen so leben, dass wir unseren Organismus Erde nicht zugrunde richten. Sonst sind wir im wahrsten Sinn des Wortes ein Krebsgeschwür für den Organismus Erde. Nachhaltigkeit erfordert eine andere Form von Zivilisation. Durchaus mit der Entwicklung menschengemäßer Standards und Annehmlichkeiten, aber nicht nach dem Prinzip des Raubbaues. Da gibt es genug an Möglichkeiten, sie müssen nur ernstgenommen und angegangen werden.

Das zweite, noch dringender gewordene Problem ist, dass es ein Mindestmaß an gerechter Ordnung geben muss, wenn man der Geißel von Kriegen, Terror und Bürgerkriegen entgehen möchte. Zukunftsfähigkeit und Friedensfähigkeit sind engstens mit einer globalen Ordnungspolitik verknüpft.

Unser Projekt heißt bewusst:

„Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Es deutet auf zwei Dimensionen hin:

Einerseits auf den Aspekt der fairen Entwicklungszusammenarbeit, der Schaffung von Chancen für den weniger entwickelten Teil der Menschheit und auf der anderen Seite auf die Entwicklung einer weltweit praktizierbaren Ordnungspolitik, die dem Prinzip der Balance, dem Prinzip der Ausgewogenheit entspricht.

Mir tut es leid, dass offensichtlich, weil ich an der Entwicklung des Konzeptes der Ökosozialen Marktwirtschaft in meiner Zeit der politischen Verantwortung maßgeblich beteiligt war, gewisse Berührungsängste zu diesem Modell bestehen. Für mich geht es um ein politisches Konsensmodell, in dem sich Sozialdemokraten und Christdemokraten, Grüne und Liberale im echten Sinn des Wortes genauso finden können. Ich plädiere sehr dafür, das zu einem europäischen Konsensmodell zu entwickeln. Der tagespolitische Wettkampf findet ohnehin statt. Daher ist es gut, wenn es gewisse gemeinsame Ziele gibt. So, wie die Sozialpartnerschaft in Österreich ein solches gemeinsames Gut war, teilweise noch ist. Aber auch dieses Gut ist ja durch die falsch laufende Globalisierung zum Teil unterhöhlt bzw. ausgehöhlt worden.

Der entscheidende Gedanke im Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft liegt darin, die richtige Balance zu finden bzw. die richtige Balance immer wieder herzustellen. Das ist vom Prinzip einfach, in der konkreten politischen Gestaltung sehr schwierig. Dort liegt eigentlich das Problem.

Es geht also darum, die richtige Balance zwischen einer leistungsorientierten Wirtschaft, praktizierter sozialer Fairness und ökologischer Verantwortung im Sinne des Schutzes der Umwelt sicherzustellen.

Lassen Sie mich die drei Eckpunkte nur ganz kurz charakterisieren, weil hier sehr oft die Missverständnisse beginnen:

Der erste Eckpunkt: Ökonomie:

Ziel ist eine leistungsfähige, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Alle die Missverständnisse, die unserem Modell zum Teil aus Bereichen der Industrie und der Wirtschaft entgegenschlagen, beruhen auf Unkenntnis oder auf mangelnder Kenntnis des Konzeptes.

Wir stehen in Wahrheit für das, was die EU mit der Lissabon-Strategie anstrebt: Nämlich eine leistungsorientierte, wettbewerbsstarke Wirtschaft, aufbauend auf Forschung, Entwicklung und Innovation. Wir plädieren für die Stärkung von Leistungsanreizen. Tüchtigkeit soll eine Chance haben. Wir plädieren dafür, dass unnötige Leistungsbehinderungen abgebaut werden sollen. Wir stehen vor allem ganz stark für die Stärkung der regional verankerten mittelständischen Wirtschaft, weil sie ein wesentlicher Träger der Gemeinwohlaufgaben ist.

Der zweite Eckpunkt heißt Soziale Fairness, und zwar lokal und global: Auf die Familie bezogen, auf den einzelnen Menschen bezogen, aber auch im Sinne globaler Gerechtigkeit.

Es geht um das ganz konkrete Thema: „Wie erhalten wir die Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit des Sozial- und Gesundheitssystems?“ Mich ärgert in all den Diskussionen, dass immer nur an „Stellschrauben“ gedacht wird wie: Länger arbeiten, höhere Beiträge, weniger Pension. Es wird aber kaum darüber nachgedacht, ob denn die Bemessungsbasis unserer Form von Wirtschaft überhaupt noch adäquat ist. Ob nicht die Überlegung, dass Wertschöpfungsprozesse der Wirtschaft miteinbezogen werden sollen, Sinn macht. Natürlich nur dann, wenn das zumindest EU-weit koordiniert ist. Denn es geht ja auch sehr maßgeblich um eine Frage des Standortwettbewerbes. Aber darüber mehr nachzudenken, wäre angebracht.

Wir plädieren dafür, dass die Leistungsfähigkeit der institutionellen Systeme gewährleistet sein muss, dass aber mehr als bisher getan werden soll, um private Initiativen zu ertüchtigen: Familie, Nachbarschaft, Gemeinschaften. Wir werden nur auf diesem Weg in der Lage sein, eine humanadäquate Situation sicherzustellen: Netze der Solidarität schaffen und unterstützen, globale Solidarität entwickeln.

Der dritte Eckpunkt: Die ökologische Nachhaltigkeit:

Das war eigentlich das Neue am Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft. Wir werden Nachhaltigkeit so lange nur predigen, solange der Rechenstift etwas völlig anderes sagt. Solange der Konsument, der Verkehrsteilnehmer etc. dann belohnt wird in den Preisen und Kosten, wenn er unökologisch, nicht nachhaltig agiert, und mehr bezahlen muss, wenn er sich nachhaltig verhält, kommen wir nicht voran. Das ist das Grundübel. Daher muss man die Sache umdrehen und sagen:

- Striktes Verursacherprinzip,
- strikte Kostenwahrheit!

Dann wirkt der Mechanismus des Marktes im Sinne der Nachhaltigkeit.

Natürlich gibt es darüber ein Geschrei, und zwar ein Geschrei von den Seiten, die derzeit die Vorteile aus einem unehrlichen Zurechnen der Umweltkosten lukrieren.

Aber wenn man den Mut hat, das zum Tragen zu bringen, dann wird Nachhaltigkeit ein „Selbstläufer“. Dort müssen wir hinkommen: national, kontinental und global.

Dieser erste Punkte ist der zentrale. Ergänzt durch eine sinnvolle Weiterentwicklung des Steuer- und Abgabensystems, durch Überprüfung und Veränderung der Vielfalt von Regulierungen und Förderungen: Hilft das der Nachhaltigkeit oder behindert es sie?

Und in Zeiten der Globalisierung geht es um Wahrheit in der Produktdeklaration.

Soweit das Modell „Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Nun geht es darum, ein solches Ordnungsmodell für eine globale Gestaltung tauglich zu machen. Geht so etwas?

*Ich ärgere mich immer über unbedachte Aussprüche, die etwa lauten:
Globalisierung hat keine Telefonnummer,
du kannst dich dort nicht beschweren,
es macht keinen Sinn, gegen Globalisierung ankämpfen zu wollen etc.*

Diese Phrasen sind falsch.

Denn selbstverständlich wird Globalisierung von Menschen gestaltet. Wie sind ökonomische Abläufe gestaltet?

Und um diese Gestaltung geht es.

Zunächst geht es um die geistige Herausforderung, dass wir den Schwenk schaffen von einer einseitig kapitalgetriebenen Ökonomie zu einer Balance zwischen Wirtschaft, Sozialem und Umwelt. Die Zuspitzung auf kurzfristige Gewinnmaximierung ist eine der Ursachen für viele Fehlentwicklungen bis zur Bilanzfälschung. Wir müssen also global dort hinkommen: Es geht um die Balance. Es geht nicht um den kurzfristigen Profit Weniger, sondern es geht um die Tragfähigkeit einer global vernetzten Menschheit. Das heißt eben, ÖKONOMIE, ÖKOLOGIE und SOZIALES müssen in Balance sein. Dazu kommt der Respekt vor den unterschiedlichen kulturellen Identitäten.

Eine der Wurzeln des Terrors ist sicher das plumpe „Drüberstülpen“ einer ohnehin ungeheuer banal und problematischen sogenannten westlichen Zivilisation über andere Teile der Menschheit mit zum Teil sehr langen kulturellen und religiösen Traditionen. Es geht um Respektierung des Menschen in all seinen Facetten, in seiner Würde.

Wenn man das ernst nimmt und versucht, es in die konkrete Tat umzusetzen, dann ist die Sache auf einmal viel leichter, als man vermuten würde.

Wir müssen die Welt nicht „neu erfinden“. Wir müssen zunächst auch keine Weltregierung schaffen, sondern es genügt „Global Governance“. Es geht also darum, die vorhandenen Instrumente zu nützen und sie in Richtung dieser Balance umzuprogrammieren. In die Sprache der IT übersetzt: Das Problem ist nicht die Hardware. Die Instrumente sind da. Das Problem ist die Software. Diese Instrumente sind ideologisch falsch programmiert, nämlich neo-kapitalistisch.

Ob Welthandelsorganisation, ob Internationaler Währungsfonds als die Dominierenden: Sie folgen dem gleichen Prinzip. Das heißt Freihandel, das heißt Liberalisierung, heißt Monetarismus. Alles wird nur auf die Funktion des Geldes reduziert.

Wenn wir hergehen und sagen: Wir akzeptieren dieses Leitbild der Balance und wir statten jede dieser Institutionen mit dem kompatiblen Programm aus, dann funktioniert es. Es funktioniert derzeit deshalb nicht, weil überall ideologische Widerstände, machtmäßige Widerstände und vor allem Interessenwiderstände das verhindern.

Es wurde zurecht herausgearbeitet, dass die Länder des Südens sich gegen ökologische Standards wehren, weil sie sagen: Das ist unser einziger kompetitiver Vorteil. Solange wir Standards abverlangen, ohne ihnen auch eine faire Chance zu geben, diese zu erfüllen, wird man scheitern. Es geht um finanzielle Solidarität und gemeinsame Standards. Dann wird man weiterkommen. Das ist der Grundgedanke.

Ähnliches gilt für den sozialen Bereich. Die Grundüberlegung lautet: Jedes der globalen Regime mit dem gleichen „Programm“ wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer Ausgewogenheit.

Dazu kommt noch als ganz ganz wichtiger ordnungspolitischer Bereich das Thema der Finanzmärkte. Es ist ein Skandal, dass die Staatengemeinschaft nichts tut oder zumindest nicht energisch auftritt, um der Steuerflucht zu begegnen. Es ist ebenso nicht einsehbar, warum ein Teil der Wirtschaft, nämlich die regional gebundenen Unternehmen unter Steuern und Abgaben stöhnt und ein anderer Teil, der globalisierte, sich legal und elegant davonmachen kann. Auch mit Hilfe der Politik, die durch den Standortwettbewerb hineingezwungen wird. Wir haben es ja ganz praktisch erlebt: Neue EU-Mitgliedstaaten gehen mit einem niedrigen Steuersystem hinein, andere müssen reagieren; Senkung von unternehmensbezogenen Steuern, Schaffung von Vorteilen für transnational vernetzte Unternehmen und so dreht sich die Spirale nach unten weiter.

Daher muss man beginnen, auch in der Steuerpolitik Mindeststandards zu schaffen. Mindestprinzipien, weil jeder Teil der Wirtschaft seinen fairen Beitrag leisten soll.

Bei vielen lobenswerten Konzepten, die derzeit diskutiert werden, gibt es kein vergleichbar umfassendes: Einerseits faire Entwicklungschancen und andererseits fairer Wettbewerb. Damit haben wir die Chance, von einer „Verliererstrategie“ zu einer weltweiten Gewinnerstrategie zu kommen: Wohlstandsentwicklung für den ärmeren Teil der Welt und fairer Wettbewerb für die hochentwickelten Gesellschaften!

Im Konkreten heißt es also:

1. ***Global Marshall Plan;***
2. ***weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.***

Wir setzen auf dem auf, was es an internationaler Beschlusslage gibt. Es gibt die von der UNO-Generalversammlung im Jahr 2000 beschlossenen „UN-Development-Goals“. Das ist ein „Minimalprogramm“. Ein Beginn für die Etablierung von etwas mehr Gerechtigkeit. Die konkreten Ziele sind: Halbierung der aller ärgsten Armut, also jener mit weniger als 1 Dollar pro Kopf; Volksschulbesuch für jedes Kind; Gleichberechtigung der Frauen; Reduzierung der Kindersterblichkeit; Gesundheitsverbesserung bei Müttern; Bekämpfung der großen Gesundheitsprobleme HIV/AIDS, Malaria etc.; Schutz der Umwelt einschließlich Zugang zu sauberem Wasser und schließlich eine faire, partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit.

Wenn wir weltweit mit diesem Vorhaben wirklich vorankommen wollen, bedarf es

1. neuer Finanzierungsquellen;
2. einer guten Vernetzung der verschiedenen internationalen Institutionen und Vereinbarungen;
3. eine bessere Form des Mitteleinsatzes, damit die Hilfe wirklich dort hinkommt, wo sie hinkommen soll.

In Bezug auf die Finanzierungsquellen unterstützt die Global Marshall Plan Initiative das sogenannte „0,7 %-Ziel“. Bereits im Jahr 1970 hat die Staatengemeinschaft beschlossen, dass alle Staaten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 0,7 % ihres Bruttoinlandsproduktes bereitstellen sollen. Wir wissen, dass es im Durchschnitt weltweit derzeit etwa nur 0,2 % sind. Mit Ausnahme einiger skandinavischer Länder und der Niederlande sind alle Staaten von diesem Ziel weit entfernt. Österreich bewegt sich bei etwa 0,3 %.

Wenn das 0,7 %-Ziel realisiert wäre, dann wäre der Global Marshall Plan bereits ausfinanziert.

Was den Mittelbedarf für den Global Marshall Plan anlangt, ist Folgendes zu sagen:

Seit dem Jahr 2000 konnten die gesamten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit von etwa 55 Milliarden US-Dollar auf derzeit etwa 78 Milliarden US-Dollar erhöht werden. Sollten die Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 aber ernsthaft realisiert werden, so ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf pro Jahr für diese Zeit von etwa 100 Milliarden US-Dollar.

Um diese Mittel rasch aufbringen zu können, schlagen wir vor, geringfügige Abgaben auf globale Wirtschaftsabläufe einzuführen.

Konkret geht es um folgende Überlegungen:

- a) Einführung einer Abgabe auf globale Kapitaltransfers („TOBIN-Abgabe“) in Höhe von zunächst 0,1 bis 0,2 Promille! Angesichts des ungeheuer großen Volumens an Kapitaltransfers würde eine solche minimale Abgabe trotzdem etwa 30 bis 40 Milliarden US-Dollar erbringen.
- b) Einbringung einer sehr niedrigen Abgabe auf grenzüberschreitenden globalen Warenhandel („TERRA-Abgabe“). Eine sehr bescheidene Abgabe in Höhe von 0,3 bis 0,5 % brächte angesichts des Welthandelsvolumens ebenfalls einen Betrag von 30 bis 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr.
- c) Angeregt wird auch die Nutzung von sogenannten Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds zu Gunsten der Projektfinanzierung für die Millenniumsentwicklungsziele. Überlegenswert sind auch eine Reihe weiterer Anregungen, die sich beispielsweise aus dem Handel mit Emissionszertifikaten, aus einer weltweiten Kerosin-Abgabe und ähnlichen Maßnahmen ergeben könnten. Vom britischen Gordon BROWN wurde eine Art „Zukunftsanleihe“ – die sogenannten „International Finance Facilities (IFF)“ angeregt.

Zum Punkt "Global Governance":

Allen Kennern der Materie ist klar, dass eine Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit ohne wesentliche Veränderung in der globalen Zusammenarbeit ein Schlag ins Wasser sein würde.

Anders gesagt:

Eine bessere Finanzierung muss Hand in Hand mit einer besseren globalen Ordnungspolitik gehen.

Daher ist es unumgänglich, dass die wichtigsten internationalen Institutionen wie zB UNO, WTO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds etc. eng miteinander vernetzt werden und dass sie alle die gleichen strategischen Ziele verfolgen.

Was den Mitteleinsatz anlangt, so geht es ebenso darum, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Finanzmitteltransfers an Regierungen von Staaten der dritten Welt bringen häufig nicht den erwünschten Erfolg. Ebenso ist es mit Projekten, die von „oben herab“ angegangen werden.

Was wir brauchen, ist „Hilfe zur Selbsthilfe“. Es geht daher in erster Linie darum, die Bevölkerung vor Ort, die regionale Wirtschaft und die regionalen Strukturen so zu motivieren, dass ein Aufbau von unten gelingt. Andererseits ist es aber auch unverzichtbar, dass von den am Global Marshall Plan teilnehmenden Staaten rechtmäßige Regierungen, die Einhaltung der Menschenrechte sowie absolute Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Mitteleinsatzes gewährleistet werden.

Die Partnerschaft zwischen Geber- und Empfängerländern ist im Hinblick auf konkrete gemeinsame Projekte ebenso wünschenswert wie die optimale Ausnützung der praktischen Erfahrungen jener kirchlichen Organisationen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die über die meiste Detailkenntnis verfügen.

Was den Mitteleinsatz anlangt, sollten zunächst die Maßnahmen zur Realisierung der UN-Entwicklungsziele Priorität haben.

Jedenfalls soll damit gezeigt werden, dass eine globale partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit möglich ist.

Unser Projekt heißt ganz bewusst nicht nur „Global Marshall Plan“, sondern „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Gerade in diesen beiden Komponenten unseres Konzeptes liegt der entscheidende Unterschied zu vielen anderen, ebenso lobenswerten Initiativen wie z.B. dem „Global Marshall Plan“ von Gordon BROWN, den Initiativen Großbritanniens zur Hilfe für Afrika oder auch den im Juni 2005 von den G8 diskutierten Maßnahmen zur Schuldenentlastung bzw. verstärkten Unterstützung.

Es geht also um den zweiten Pfeiler des Konzeptes, die schrittweise Installierung einer „weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft“!

Dieses Ziel ist viel einfacher zu erreichen, als es zunächst klingen mag:

Die wesentlichen Komponenten wurden von mir bereits zuvor angesprochen.

Konkret geht es darum, in allen in Frage kommenden globalen Institutionen und in allen wesentlichen Vereinbarungen und Vertragswerken die gleichen und gleich verbindlichen sozialen, ökologischen und prozeduralen Standards einzuführen.

Als ersten Schritt sollte es darum gehen, die in verschiedenen Vereinbarungen und Institutionen bereits definierten sozialen und ökologischen Standards auch in der Welthandelsorganisation verpflichtend einzuführen, und sie gleichermaßen als Handlungsrichtlinie für die finanz- und währungspolitischen Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds bzw. für die Kredit- und Finanzierungspolitik der Weltbank festzulegen.

Eigentlich ist es ja absurd, dass von der Staatengemeinschaft global verbindliche Standards definiert wurden, die aber in anderen Institutionen der gleichen Staatengemeinschaft keine Rolle spielen bzw. wie im Falle der WTO keine Rolle spielen dürfen!

Was wir brauchen, ist eigentlich nur ein bisschen gemeinsamer politischer Wille, ist die Schaffung eines weltweiten politischen Konsenses oder anders gesagt: Die Überwindung der unterschiedlichsten nationalstaatlichen Egoismen.

Das Ziel von weltweiter Ökosozialer Marktwirtschaft ist die Schaffung eines funktionierenden und fairen globalen Ordnungsrahmens, damit ein wirklich fairer Wettbewerb im Miteinander der Staaten- und Volkswirtschaften möglich wird.

Auch wenn es trotz zaghafter Anläufe bei der derzeit laufenden WTO-Verhandlungsrunde kein Mandat für die Erörterung sozialer oder ökologischer Standards gibt, dürfen wir dieses Thema nicht von der Tagesordnung verschwinden lassen.

Was wir brauchen, ist die Vernetzung aller konstruktiven Kräfte, denen es nicht um Globalisierungsgegnerschaft und um Zerstörungswut geht, sondern um eine konstruktive und faire Globalisierungsgestaltung!

Angesichts der derzeitigen weltpolitischen Situation, insbesondere angesichts der einseitigen politischen Ausrichtung der derzeitigen US-Regierung kommt die Hauptverantwortung für einen konstruktiven Lösungsansatz Europa zu.

Europa ist derzeit die einzige Region auf diesem Globus, die angesichts ihrer eigenen politischen Prioritäten und vor allem im Hinblick auf die Erfolge einer praktizierten kontinentalen Friedenspolitik und auch einer bescheidenen kontinentalen Solidarität als Beispiel für eine notwendige globale Strategie im 21. Jahrhundert dienen kann.

Wir sehen daher seitens der Global Marshall Plan Initiative die EU als unseren wichtigsten Partner an. Seit Beginn dieses Jahres stehen wir in einem sehr intensiven Dialog mit wichtigen Stellen der EU-Kommission, des EU-Parlaments, aber auch mit einzelnen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten.

Es ist immerhin ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass sich im offiziellen Kommissionspapier der EU für den UN-Gipfel anlässlich „5 Jahre UN-Entwicklungsziele“ im September 2005 in New York folgende Formulierungen finden:

„Die EU hat im Kampf gegen die Armut in der Welt die Führungsrolle übernommen und trägt 55 % zur öffentlichen Entwicklungshilfe bei. Zur Erreichung der Millennium-Ziele bedarf es nicht nur finanzieller Transfers. Andere wichtige Elemente sind die politische Handlungsweise auf nationaler und internationaler Ebene; die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, vor allem bezüglich der Menschenrechte, der Gleichheit zwischen Frauen und Männern; die Weiterentwicklung der für den Handel und die Investitionstätigkeit maßgeblichen Regeln; der Kampf gegen Infektionskrankheiten; die Wissensweitergabe; der Umweltschutz; die Sicherheit und die übrigen öffentlichen Güter der Welt.

Mit Blick auf die Ausarbeitung des Beitrags der EU zu der Veranstaltung im September 2005 hat der Rat die Kommission aufgefordert, vor allem in folgenden drei Bereichen anspruchsvolle Vorschläge zur beschleunigten Verwirklichung der Millennium-Ziele auszuarbeiten:

*Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit,
Kohärenz der entwicklungspolitischen Strategie und
Vorrang für Afrika.“*

In dieser offiziellen EU-Definition finden wir einige Anliegen des Projektes „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ deutlich angesprochen.

Wir müssen aber auch die nach wie vor starke Dominanz der neokapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsdoktrin sowie die widersprüchlichen egoistischen Staatsinteressen und die Zögerlichkeit von Regierungen und Parlamenten bei der Durchsetzung globaler politischer Ziele sehen.

Wenn wir den Durchbruch zu einer weltweiten zukunftsfähigen und friedensfähigen Entwicklung im Sinne des „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ schaffen wollen, dann nur mit der Kraft einer weltweit gut vernetzten Zivilgesellschaft und der Mobilisierung aller positiven Kräfte. Organisationen der Arbeitnehmersvertretung, der Vertretung des Mittelstandes, der Kirchen, der Entwicklungszusammenarbeit, der kulturellen Initiativen etc. müssen ihre Kräfte auf gemeinsame Ziele bündeln. Das Projekt „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ bietet einen gemeinsamen Nenner, auf den sich viele Kräfte mit sonst durchaus unterschiedlichen Zielen einigen können.

Der entscheidende Vorteil unserer Initiative ist die Schaffung einer „Win-win-Situation“ für Alle:

Faire Entwicklungschancen für den ärmeren Teil der Welt und fairer Wettbewerb für Unternehmer und Arbeitnehmer in den hoch entwickelten Gesellschaften.

Unser Weg ist der einer globalen Partnerschaft mit Hilfe des Instruments einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft.

Damit sollte es gelingen, der Vision von weltweiter Gerechtigkeit und Frieden und nachhaltiger Entwicklung ein gutes Stück näher zu kommen.